

ratsregierung auf eine Ansammlung von Ressortministern ohne politische Wirkkraft und Gestaltungsbefugnis. Deutsches Personal durchdrang nun die tschechische Verwaltung, auch und vor allem auf den unteren Ebenen. Die Idee des Ständestaates, in Heydrichs Augen an sich höchst gefährlich für die Stabilität des NS-Regimes, erschien im Protektorat als probates Mittel zur Fragmentierung des tschechischen Volkes und zur Ablenkung seiner Energien von der Politik auf »Sachbelange«. Die Pläne einer direkt an das Amt des Reichsprotektors angeschlossenen Ständeorganisation blieben im Detail allerdings konfus.

Die jüdische Bevölkerung war bereits vor Heydrich isoliert und aus dem Wirtschaftsleben völlig ausgeschaltet. Aus Theresienstadt gingen ab dem Januar 1942 die Transporte in die Vernichtungslager. Angesichts der erheblichen Fortschritte der Generalplanung für den Osten gewann nun das Endziel der »Germanisierung« des böhmisch-mährischen Raums und in diesem Rahmen das Konzept einer »völkischen und rassistischen« Abtastung und Kategorisierung der tschechischen Bevölkerung an Gewicht. Diese Bestandsaufnahme musste angesichts fehlender objektiver Kriterien für die Beurteilung der »Wiedereindeutschungswürdigkeit« auf den Willen zur »nationalen Umstellung« abstellen. Zu einer solchen fanden sich – zum Bedauern der Besatzer – jedoch vor allem dubiose Opportunisten bereit. Die Eskalation des Terrors, der augenfällig und in Permanenz die Macht der Okkupanten zeigen und den tschechischen Widerstand völlig eliminieren sollte, verfehlte ihr Ziel. Heydrichs triumphalistische Erfolgsmeldungen über die Zerschlagung jeglicher Opposition waren aus der Luft gegriffen. Zwar wurden dem Widerstand hohe Verluste zugefügt; dass er aus der Defensive heraus gezwungen war, nach neuen Waffen und Strategien zu suchen, tat seiner Intensität jedoch keinen Abbruch. Heydrichs Auffassung, es sei ihm durch Terror in Verbindung mit geschickter Propaganda gelungen, sich die Tschechen gefügig zu machen, war ein Selbstbetrug, der durch das Attentat vom Mai 1942 augenfällig widerlegt wurde.

*Christoph Boyer, Dresden*

Joel Blatt (Hrsg.), *The French Defeat of 1940: Reassessments*, Berghahn Books, Providence/RI, Oxford 1998, VIII, 370 S., geb., 40 £.

Die Frage nach den Ursachen des raschen und unerwarteten Zusammenbruchs Frankreichs von 1940 hat bereits unter den Zeitgenossen heftige Diskussionen ausgelöst, zumal mit der militärischen Niederlage auch der Zerfall der Dritten Republik und deren Ersetzung durch das autoritäre Vichy-Regime folgte. Das Trauma von 1940 blieb bis in unsere Tage hinein ein Faktor, der die französische Politik wie das Selbstverständnis der Franzosen prägt und belastet. So ist es nicht erstaunlich, dass die wissenschaftliche Debatte über diesen historischen Komplex permanent und kontrovers geführt wird. Joel Blatt, der selbst mit einer Arbeit über die französisch-italienischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit hervorgetreten ist, hat 1996 in einer Sondernummer der »Historical Reflections (Band 22, Nr. 1, Winter 1996) mit dreizehn Beiträgen von amerikanischen, französischen, israelischen und kanadischen Historikern – alle ausgewiesene Frankreichspezialisten – eine Art Zwischenbilanz dieser Debatte vorgelegt. Der Zeitschriftenversion folgt nunmehr – erweitert durch einen beachtenswerten Aufsatz von William Keylor (Boston) über »France and the Illusion of American Support, 1919–1940 – eine Buchausgabe, mit der sie einem weiteren Publikum zugänglich ist.

In einem einleitenden Essay stellt der Herausgeber die Einzelbeiträge vor, ordnet sie ein und bietet eine eigene multikausale Problemerkklärung. Zwei Beiträge aus der Feder

bekannter Frankreichspezialisten der älteren Generation fallen thematisch etwas heraus: Philip Bankwitz gibt zunächst einen Abriss seiner Thesen zum Verhältnis von Politik und Militär zwischen 1919 und 1940, – ein Thema, dem er sich seit dem Erscheinen seines vielbeachteten Buches über »Maxime Weygand and the Civil-Military Relations in Modern France« (1967) auch weiterhin gewidmet hat. Dann folgt eine Reflexion über seine Erlebnisse als amerikanischer Verbindungsoffizier bei der freifranzösischen Panzerdivision des Generals Leclerc, dem Befreier von Paris, der 1944 den »Blitzkrieg« gleichsam in umgekehrter Richtung gegen die Deutschen durchführte. Der Harvard-Historiker und Politologe Stanley Hoffmann, dessen zahlreichen Arbeiten wir wichtige Einsichten über Politik und Gesellschaft des modernen Frankreich verdanken, behandelt in seinem schon anderweitig veröffentlichten Beitrag die fortwirkenden Folgen der Niederlage im kollektiven Gedächtnis der Nation und interpretiert manche Nachkriegserscheinungen der französischen Politik als Reaktion auf dieses Debakel.

Es ist in dem hier vorgegebenen Rahmen nicht möglich, alle Beiträge angemessen vorzustellen. Hervorgehoben werden soll indessen, dass alle Autoren übereinstimmend die politisch-psychologischen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf den Gang der Entwicklung, die zu dem Debakel von 1940 führten, betonen. Die schon im Krieg von Marc Bloch – seine Ansichten im »Drole de Guerre« behandelt in einem einfühlsamen Aufsatz Carole Fink – in seinem Buch »L'Etrange Défaite« herausgestellte und dann von Jean-Baptiste Duroselle in seinem großen Werk über die französische Außenpolitik der Jahre 1932–1939 in den Mittelpunkt gestellte Décadence-These bestimmt direkt oder indirekt die Beiträge fast aller Autoren. Eine Ausnahme bilden in gewisser Weise die Analysen von Keylor, Irvine und Blatt. Blatt und Irvine heben – gegen den vorherrschenden Meinungstrend – überzeugend die politische und psychologische Regenerationsfähigkeit der Dritten Republik hervor, die sich dem rückblickenden Betrachter in der von Daladier bestimmten Zeitspanne von 1938–39 erschließt. Irvine hält es für methodisch fehlleitend, die Entwicklung, die zur Niederlage führte, unter dem ausschließlichen Aspekt der Décadence zu betrachten. Ebenso gibt Keylor zu bedenken, dass – wäre der Erste Weltkrieg anders ausgegangen – dann wohl das Décadence«-Motiv den historischen Erklärungs-Diskurs bestimmt hätte; denn diese Denkfigur hat auch schon vor dem Ersten Weltkrieg in der nationalen Selbstbetrachtung der Franzosen eine wichtige Rolle gespielt. Alle Autoren sind sich im Übrigen über die Bedeutung von zwei Ursachenbündeln des Desasters von 1940 einig; einmal über gewichtige militärisch-politische Fehler; sie offenbaren sich insbesondere in der verfehlten (von Gamelin entworfenen und von der Regierung gebilligten) Kriegsstrategie, in der unangemessenen Struktur der Streitkräfte sowie in der unzureichenden Operationsführung. Diese Faktoren seien es unter anderem gewesen, welche den numerisch gleichwertigen, materiell teilweise sogar qualitativ überlegenen Rüstungsstand nicht zur Wirkung kommen ließen. Zweitens werden einhellig auch die außen-, bündnis- und militärpolitischen Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen als wichtige Faktoren der Entwicklung, die zur Niederlage führte, herausgestellt und dabei nicht zuletzt deren Abhängigkeit von innerpolitischen, gar ideologischen (Antikommunismus) Momenten betont. Diesbezüglich sind insbesondere die erhellenden und quellengesättigten Analysen von Martin Alexander über militärpolitische Belastungen des britisch-französischen Verhältnisses zu nennen, von Nicole Jordan über den Strategieansatz der Militärs, von John Cairns über die in der franco-britischen Haltung zum finnisch-sowjetischen Winterkrieg zum Ausdruck kommende Problematik und von Michael Carley über das französisch-sowjetische Verhältnis 1919–1939 und dessen Bestimmungsfaktoren sowie jene von Elisabeth du Réau über Daladiers Rüstungs- und Kriegspolitik in der »Sitzkrieg«-Phase. Insgesamt gibt die Veröffentlichung einen guten Einblick in den gegenwärtigen Stand der Diskussion, die – wie ein jüngst erschienener Tagungsband des Centre d'Etudes d'Histoire de la Dé-

fense ebenfalls zeigt – noch keineswegs beendet ist. Es ist zu hoffen, dass in der zukünftigen Debatte der globale Aspekt und ein komparatistischer Ansatz stärker eingebracht werden.

*Klaus-Jürgen Müller, Hamburg*

Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte. Die »Entjudung« der Wirtschaft am Beispiel Göttingens, Fackelträger Verlag, Hannover 1997, 318 S., geb., 39,80 DM.

Die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben zwischen 1933 und 1941 war bislang nur selten Gegenstand monographischer Darstellungen. Dies hängt möglicherweise nicht zuletzt mit der »schwierigen« Quellenlage zusammen: So verweigerte das Göttinger Stadtarchiv dem Autor der hier vorzustellenden Studie über mehrere Jahre den Aktenzugang mit der Begründung, »Schaden von der Stadt« abwenden zu wollen. Bruns-Wüstefeld ließ sich dadurch jedoch nicht beirren. Hartnäckig und getreu dem Motto der Geschichtswerkstätten, deren Göttinger Verein das Projekt unterstützte, hat er an seinem Wohnort »gegraben« – und viel zutage gefördert.

Da ihm das Stadtarchiv bis kurz vor Abschluss der Arbeit verschlossen blieb, musste der Autor andernorts nach aussagekräftigen Archivalien suchen. Fündig wurde er unter anderem in den Göttinger Einwohnerbüchern, in der Gewerbekartei und den Grundakten des Grundbuchamts, im Handelsregister und in Telefonbüchern, in der Lokal- und Parteipresse, ferner in den Rückerstattungs- und Entschädigungsakten beim Landgericht Hannover bzw. beim Niedersächsischen Landesverwaltungsamt sowie in verschiedenen Regierungs-, NSDAP- und Entnazifizierungsbeständen des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover.

Die Studie besteht aus zwei Teilen. Der erste bietet, auf der Grundlage der Forschungsliteratur und zeitgenössischer Veröffentlichungen und jeweils unter ausführlicher Schilderung der Göttinger Verhältnisse, zunächst einen Überblick über die Entwicklung jüdischer Erwerbstätigkeit vom 19. Jahrhundert bis zum Ende der Weimarer Republik. Anschließend wird die nationalsozialistische »Entjudungspolitik« rekapituliert und in Anlehnung an Helmut Genschel und Herbert A. Strauss in sechs Phasen eingeteilt. Schon Anfang 1938 war über die Hälfte der am 30. Januar 1933 in Göttingen gezählten 97 »jüdischen« Betriebe verschwunden; zum Zeitpunkt der sogenannten Reichskristallnacht existierten sogar nur noch 19. Damit bestätigt Bruns-Wüstefeld die These Avraham Barkais, dass sich »der größere Teil der Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft weit vor dem Novemberpogrom 1938 und auch bereits während der Amtszeit Schachts« (S. 124), der sich nachträglich zum Verteidiger jüdischer Interessen zu stilisieren versuchte, abgespielt hatte. Außerdem kann er zeigen, dass in Göttingen Liquidationen »den bei weitem größten Anteil an den Geschäftsaufgaben« ausmachten – 74 Fällen standen 22 »Arisierungen« gegenüber. Aus diesem Befund, der durch andere lokalgeschichtliche Arbeiten gestützt wird, folgert er zu Recht, dass »man sich den Gesamteffekt der »Entjudungen« – zumindest in Göttingen – nicht als eine direkte Vermögensumverteilung vorstellen« dürfe; sie führten vielmehr in der Mehrzahl der Fälle »zu einer Ausdünnung der Gesamtwirtschaft, die sich aber zweifellos günstig für die verbleibende Geschäftswelt auswirkte« (S. 116). Abschließend skizziert der Autor Verfahren und Ergebnisse der Rückerstattung und zieht einen Vergleich mit der Entwicklung in Heidelberg und Marburg, zwei Universitätsstädten ähnlicher Größenordnung und Wirtschaftsstruktur, für die bereits genauere Untersuchungen vorliegen.